

Abgeltungssteuer im Auge der Eurokrise?

Schwarzgelder für europäischen «Marshall-Plan»!

Pressemitteilung 12.4.2012, SolarPeace.ch (26.4.2012/wr)



Die Schweiz könnte ihre lange Erfahrung und ihre grossen Kenntnisse einbringen, um einen europäischen **«Marshall-Plan»** zu initiieren, der auch grundlegend zum Wohlergehen in der Schweiz beiträgt. Aber die Schweiz verhandelt tapfer und hartnäckig über eine Abgeltungssteuer mit Deutschland. Diese **«Schweizerische Genialität»**, wie die Abgeltungssteuer kürzlich genannt wurde, soll auch an andere Länder verkauft werden. Doch Experten wagen vorsichtig und mit Rücksicht auf unsere Schweizer Befindlichkeit darauf hinzuweisen, dass die Abgeltungssteuer nur ein Zwischenschritt sein dürfte und der automatische Informationsaustausch sowieso in fünf Jahren komme, da die Staaten letztlich nicht bereit sein werden auf Steuereinnahmen zu verzichten.

Die Schweizer Politik erscheint derzeit so fokussiert auf diese Abgeltungssteuer, oder falls z.B. Deutschland oder Österreich doch noch ablehnen eben auf die Erhaltung des heutigen Status Quo, dass man meinen könnte wir hätten schon vergessen, dass da draussen ein Hurrikan tobt. Wir sitzen tatsächlich mitten im Auge eines Hurrikans. Abgesehen von ein paar rauen Wechselkurslüftchen für die Schweizer Exportwirtschaft ist es bei uns ruhig und stille. Doch die Finanz- und Schuldenkrise ist keineswegs überwunden. Das zeigen steigende Arbeitslosenzahlen und schockierende Selbstmorde in Griechenland und Italien ebenso wie die Entwicklung in Spanien oder auch der anhaltende Druck auf den Schweizer Franken, der über Ostern mehrmals unter die Wechselkursgrenze der Schweizer Nationalbank (SNB) tauchte.

Die SNB zahlt Milliarden an die Finanzmärkte, um den Wechselkurs zum Euro über 1.20 Franken zu halten und dadurch die Schweizer Wirtschaft zu unterstützen. Die SNB will stärker sein als die Spekulanten und den Wechselkurs selbst bestimmen. Wäre es nicht sinnvoller diese Milliarden zur Lösung der Eurokrise einzusetzen, zielgerichtet in Europa zu investieren und den Wechselkurs damit quasi nebenbei zu regulieren? Wer baut zum Beispiel die dringend benötigten Solarkraftwerke in Griechenland und Spanien?

Wir Schweizerinnen und Schweizer leben auch im Haus Europa, egal ob wir Mitglied der EU sind oder nicht. Wenn es in Europa brennt, werden auch wir die Rauchschwaden einatmen, denn wir sind nicht auf einer Insel im grossen Ozean mit schützenden Winden um uns herum. Ein Zerfall von Euroland wäre auch für die Schweiz katastrophal. Unsere Wirtschaft ist zu grossen Teilen direkt abhängig vom Wohlergehen in Europa, dort sind unsere wichtigsten Märkte, unsere wichtigsten Handelspartner und unsere besten Freunde.



Die aktuelle Diskussion zur Abgeltungssteuer verwundert sehr. Wie würden eigentlich wir Schweizer reagieren, wenn unsere Freunde mit uns über etwas verhandeln ohne den Sachverhalt offen auf den Tisch zu legen? Was würden wir sagen, wenn unsere Freunde von uns eines unserer Hoheitsrechte zwecks eigenem Profit beschneiden oder wegnehmen wollen? Das Erheben von Steuern und die juristische Behandlung von Steuerhinterziehung ist doch ein allgemein anerkanntes Hoheitsrecht eines jeden Landes!

Hier in der Schweiz wird dieses Hoheitsrecht sogar auf Stufe der Gemeinde wahrgenommen, d.h. wer umzieht muss in der neuen Gemeinde einen anderen Steuersatz bezahlen, wird also bei der Wohnsitzwahl durch den jeweils geltenden Gemeindesteuersatz beeinflusst, gehemmt oder motiviert. Eine Volksinitiative diese wenig effiziente und wenig freiheitsliebende Form der Besteuerung schweizweit zu harmonisieren, auch um den Verfassungsgrundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz umzusetzen, hätte bei uns in der Schweiz ganz sicher keine Chance.

Und ausgerechnet wir Schweizer verhandeln ernsthaft mit unseren besten Freunden darüber, deren Steuereintreiber zu werden, d.h. unsere Nachbarländer dazu zu bewegen quasi legalisiert und endgültig auf einen Teil ihres Hoheitsrechts zur souveränen Steuererhebung und sogar vollständig auf ihr Hoheitsrecht zur juristischen Behandlung von Schwarzgeldern, die in der Schweiz deponiert sind, zu verzichten und diese Hoheitsrechte an die Schweiz zu delegieren? Und ausgerechnet wir Schweizer gestehen unseren Freunden bei diesen Verhandlungen nicht einmal zu, zu wissen wie gross das Volumen der Schwarzgelder oder die Anzahl der Schwarzgeldkonten oder -kunden ist? Und bei neu zufließenden Schwarzgeldern beinhaltet die Abgeltungssteuer anscheinend nur die Erträge, nicht aber die Vermögen, und verstösst somit sogar gegen unser eigenes Schweizer Steuerrecht. Die Schweiz versucht demnach zu einer sehr speziellen Art eines treuhänderischen Steuerverwalter's von Europa zu werden.

Diese **«Schweizerische Genialität»** ist in der Tat eine phantastische Idee, aber sie sollte dann auch offen und ehrlich kommuniziert und als seriöse, vollständig transparente Dienstleistung angeboten werden. Es gibt ja in Europa tatsächlich einige Länder mit Problemen bei ihrer Steuererhebung, die an einem solchen **«Outsourcing der Steuerämter»** durchaus interessiert sein könnten.

Aber mal ganz ehrlich: Wir Schweizer würden so etwas bei umgekehrter Situation niemals akzeptieren und erst gar nicht darüber verhandeln. Wir würden auf unser souveränes Hoheitsrecht der Steuererhebung verweisen. Wir würden freundlich aber bestimmt darauf verweisen, dass Schwarzgelder grundsätzlich illegal sind, volle Transparenz fordern und auf unser souveränes Recht zur uneingeschränkten juristischen Behandlung und Ahndung von aus der Schweiz abgeflossenen un versteuerten Geldern verweisen. Dazu würden wir von unseren Freunden selbstverständlich eine vollständig transparente Unterstützung erwarten.

Doch einige unserer Politiker behandeln die Anerkennung souveräner Rechte anderer Länder anders als unsere eigenen souveränen Rechte. Da gibt es u.a. tatsächlich Äusserungen zu den angeblich zu hohen Steuersätzen in Deutschland, die doch die Ursache der abgeflossenen Schwarzgelder seien. Folglich müsse Deutschland die Lösung des Problems eigentlich bei sich und nicht bei Schweizer Banken suchen. Lausbuben könnten die Dinge kaum besser verdrehen, kaum besser vom wesentlichen ablenken, kaum schlauer argumentieren. Da reibt man sich nun wirklich die Augen und traut seinen eigenen Ohren nicht mehr.



Vielleicht ist es an der Zeit, dass wir unsere einseitige Betrachtung der Schwarzgelder auf Schweizer Konten überdenken und erweitern. Es geht schliesslich um viele Milliarden. Während z.B. vor einer Woche von rund 200 Mrd. Schwarzgeldern aus Deutschland gesprochen wurde, was dem Datenstand von 2008 entspricht, war bereits im Herbst 2011 von über 200 Mrd. aus dem kleinen Griechenland die Rede. Im persönlichen Gespräch nennen Zürcher Banker sogar **50% Schwarzgeld im Finanzplatz Schweiz**. Wir müssen und dürfen offensichtlich davon ausgehen, dass die Schwarzgelder auf Schweizer Konten in einer Grössenordnung liegen welche der Grössenordnung der gesamten Schulden in Euroland recht nahe kommt.

Diese Grössenordnung macht verständlich, warum die Schweiz so hartnäckig solche Abgeltungssteuern vereinbaren möchte. Nur diese Grössenordnung erklärt, dass die Schweiz trotz zunehmender Schwierigkeiten weiterhin an der Verwaltung der Schwarzgelder interessiert ist und weiterhin gut daran verdienen möchte, egal wie sich die Finanz- und Schuldenkrise in Zukunft entwickelt. Die Schweiz will sich damit quasi einen eigenen Schutzschirm für eventuell noch stürmischere Zeiten in der Krise sichern. Angesichts der Situation in Europa und dem zunehmenden Druck ausländischer Steuerbehörden ist dies zwar durchaus verständlich, aber angesichts unserer Lage und unserer Abhängigkeiten mitten im Auge der europäischen Finanz- und Schuldenkrise, die nur gemeinsam gelöst werden kann, ist es ebenso kurzsichtig. Wenn die Schweiz jedoch ihre Möglichkeiten und ihre Verantwortung im Gesamtzusammenhang erkennt und wahrnimmt, könnte die dunkle Vergangenheit von Schwarzgeldern auf Schweizer Konten sogar zum Joker und zur rettenden Lösung der Finanz- und Schuldenkrise werden.



Ausgelöst wurde diese Krise in den USA. Verursacht wurde sie jedoch, da wir in Europa den Versuchungen von hoch profitablen, hoch riskanten und völlig unüberschaubaren Finanzprodukten und der durch zu billigen Geldern ermöglichten Verschuldung erlagen. Aber die heutige Situation wurde auch durch die Schwarzgelder mit verursacht und verschärft. Klar ist, dass diese Schwarzgelder heute in allen europäischen Ländern zur Lösung der Schuldenkrise fehlen, die Krise aktuell massiv verschärfen und dringend benötigt werden. Klar ist auch, dass die Krise angesichts der laufenden Zinszahlungen, mit teilweise nur noch als sittenwidrig zu bezeichnenden Zinssätzen, nicht zu lösen ist. Schuldentilgung und -verzicht sind notwendig. Deswegen wird letztlich keines der Länder auf seine Hoheitsrechte, auf vollständige Steuereinnahmen und auf eine souveräne juristische Behandlung von un versteuerten Geldern verzichten können.

Die Schweiz ist ein Rechtsstaat. Daher wird die Schweiz das uneingeschränkte, souveräne Recht anderer Länder zur Besteuerung und zur juristischen Behandlung von un versteuerten Geldern anerkennen. Die Schweiz ist auch ein Land mit einer langen Tradition von Humanität, Neutralität und Friedenspolitik. Wenn dies so ist, sollte die Schweiz aufgrund der ausserordentlichen Gesamtsituation alle Schwarzgeldkonten umgehend sperren und danach in geeigneter Form für einen **«Marshall-Plan»** den europäischen Finanzämtern zur Schuldentilgung und zur Lösung der Krise zur Verfügung stellen. *Schwarzgelder gehören üblicherweise nicht zu lebensnotwendigen Vermögensteilen, sind also verzichtbar.⁷⁾ Die Inhaber der Schwarzgelder könnten zu Anteilseignern eines europäischen Rettungsfonds für einen **«Marshall-Plan»** werden, der einerseits zur Schuldentilgung und andererseits für gezielte Investitionen und somit zur Lösung der Krise verwendet wird. Die Modalitäten wären eine souveräne Entscheidung der europäischen Staaten.⁷⁾*

Dazu könnte die Schweiz ihre lange Erfahrung und ihre grossen Kenntnisse zum Aufbau effizienter Strukturen mit wirtschaftsfördernden und sozial verträglichen Massnahmen einbringen. Eine solche Dienstleistung zur Unterstützung für einen europäischen **«Marshall-Plan»** würde sehr viel mehr zum langfristigen Wohlergehen der Schweiz beitragen, als das Festhalten an Abgeltungssteuer und Schwarzgeldkonten, die ganz Europa und somit letztendlich auch der Schweiz nur schaden.

Wenn die Schweiz die Schwarzgeldkonten sperrt und zur Lösung der Finanz- und Schuldenkrise zur Verfügung stellt, wäre dies im Vergleich zur kurzsichtigen Abgeltungssteuer eine in der Tat nachhaltige **«Schweizerische Genialität»** welche der Schweizer Tradition von Humanität, Neutralität und Friedenspolitik entspricht. Es ist an der Zeit, dass sich die Schweiz aktiv und nachhaltig zur Erhaltung ihrer wirtschaftlichen Grundlagen, ihrer wichtigsten Märkte und somit [zur Erhaltung von Stabilität und Frieden in Europa](#) engagiert.



Die Schwarzgelder auf Schweizer Konten liegen in einer Grössenordnung von rund ein Viertel aller Schulden in Euroland. Ein gutes Fundament für einen europäischen «Marshall-Plan».

Zur Abschätzung der Grössenordnung von Schwarzgeldern auf Schweizer Konten wird die Schätzung der Studie «Helvea» (Datenstand 2008) auf die aktuellen Zahlen (2010) der Schweizerischen Bankiervereinigung SwissBanking angewendet.¹⁾ Das Potential ergibt sich aus dem Vergleich mit den Staatsschulden.

Schwarzgeld im Jahr 2010:	Schätzung A	Schätzung B
	50% des Finanzplatzes Schweiz	80% der ausländischen Gelder
	Zürcher Banker im Gespräch	Studie «Helvea» ¹⁾
Verwaltete Vermögen ²⁾	4'200 Mrd.	3'000 Mrd.
Schwarzgelder	2'100 Mrd.	2'400 Mrd.

Potential für Euroland:	Staatsverschuldung ³⁾	Schwarzgeld in der Schweiz
	2010	7'818 Mrd.

Potential für Griechenland:	Staatsverschuldung ³⁾	Schwarzgeld aus Griechenland
	2008	263 Mrd.
2009	299 Mrd.	?
2010	329 Mrd.	?
2011	355 Mrd.	200 Mrd. ⁴⁾
2012	303 Mrd.	?

Schlussfolgerung:

Die **Schwarzgelder** (ca. 2'000 bis 2'500 Mrd. CHF) auf Schweizer Konten betragen **rund ein Viertel aller Schulden in Euroland** (7'831 Mrd. Euro bzw. ca. 9'475 Mrd. CHF). Dies ist ein sehr gutes Fundament. Dazu kommt, dass die Schweiz nicht das einzige Steuerparadies ist. Die Inhaber der Schwarzgelder könnten zu **Anteilseignern** eines **europäischen Rettungsfonds** für einen sehr wirksamen «Marshall-Plan» werden, der einerseits zur Schuldentilgung und andererseits für gezielte Investitionen und somit zur Lösung der Krise verwendet wird.^{*)}

⁴⁾ vgl. [Steuerstreit mit Deutschland: 180 bis 200 Milliarden Schwarzgeld aus Deutschland](#), SF Club, 3.4.2012

vgl. [Gebunkertes Schwarzgeld: Schweiz will Griechenland entgegenkommen](#), Berner Zeitung, 19.10.2011

vgl. [Griechenland will Zugriff auf Schwarzgeld in der Schweiz](#), «Seit März 2010 sollen .. mehr als **200 Milliarden Euro aus Griechenland in die Schweiz abgeflossen** sein.», Süddeutsche, 19.10.2011

¹⁾ vgl. Studie «Helvea» [Woher das Schwarzgeld auf Schweizer Banken kommt](#), Basler Zeitung, 12.2.2010

Verwaltete Vermögen 2008:

Ausländische Gelder	2'000 Mrd.
EU-Kundengelder	862 Mrd.
davon 80% Schwarzgelder:	
EU-Schwarzgelder	725 Mrd.
• Deutschland	193 Mrd.
• Italien	185 Mrd.
• Frankreich	91 Mrd.
• Grossbritannien	59 Mrd.
• Österreich	53 Mrd.
• Belgien	32 Mrd.
• Griechenland	24 Mrd.
• Niederlande	18 Mrd.

vgl. Originalstudie [Swiss banking secrecy and taxation - Paradise Lost?](#), Helvea, May 2009:

«**80% of EU-sourced money is not declared**» (pages 3, 9, 19)

«EU assets in Swiss banks: Not declared 715.8, Total 862.9, **Declared 16%**» (page 13)

²⁾ vgl. Studie [Banking im Wandel – Zukunftsperspektiven für Banken in der Schweiz](#) (Seite 13, 33, 61), SwissBanking & Boston Consulting Group, 12.9.2011:

Bruttoerträge 2010

Finanzplatz Schweiz	58 Mrd.
Vermögensverwaltung	31 Mrd.

Verwaltete Vermögen 2010:

Finanzplatz Schweiz	4'200 Mrd.
Ausländische Gelder	3'000 Mrd.
Private Banking	2'600 Mrd.
... davon ausländische	1'960 Mrd.
Asset Management	1'600 Mrd.
... davon 65% ausländisch	1'040 Mrd.

³⁾ vgl. [Bruttoverschuldung der europäischen Staaten \(1999 .. 2010 in Euro\)](#), Eurostat, Europäische Kommission: [Staatsverschuldung 2010:](#)

Euroland (EU17)	7'831 Mrd.
• Deutschland	2'056 Mrd.
• Italien	1'851 Mrd.
• Spanien	644 Mrd.
• Griechenland	329 Mrd.
• Portugal	162 Mrd.

vgl. [Griechenland war Ende 2011 mit 375 Milliarden Euro verschuldet](#), Focus, 9.3.2012

vgl. [Schuldenschnitt über 100 Milliarden Euro](#), Focus, 9.3.2012